Zeitschrift: Nachrichten / Vereinigung Schweizerischer Bibliothekare, Schweizerische Vereinigung für Dokumentation = Nouvelles / Association des Bibliothécaires Suisses, Association Suisse de Documentation

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Bibliothekare; Schweizerische Vereinigung für Dokumentation

Band: 47 (1971)

Heft: 3

Artikel: Das Problem der Sondersammelgebiete aus der Sicht der deutschen Forschungsgemeinschaft

Autor: Oertel, Dieter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-770939

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NACHRICHTEN - NOUVELLES NOTIZIE

VSB - SVD ABS - ASD

1971 Jahrgang 47 Année Nr. 3

DAS PROBLEM DER SONDERSAMMELGEBIETE AUS DER SICHT DER DEUTSCHEN FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT

Aufzeichnung eines Referates vor der Schweizerischen Expertenkommission für Fragen der wissenschaftlichen Dokumentation und der Arbeitsgemeinschaft der Direktoren der Hochschulbibliotheken von *Dr. Dieter Oertel*, Leiter des Bibliotheksreferates der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bad Godesberg*

1. Einleitung

Da die Hochschulbibliotheken der Schweiz seit einiger Zeit planen, einen Teil ihrer Erwerbungstätigkeit nach dem Prinzip der Sondersammelgebiete (SSG) auszurichten, ist es sicher sinnvoll, über die Vorstellungen zu berichten, die in der Bundesrepublik Deutschland seinerzeit mit der Einrichtung von SSG verbunden waren, und über die Erfahrungen, die man mit diesem System gemacht hat.

Es ist schwierig, für ein kurzes Referat eine Auswahl aus der großen Menge von Gesichtspunkten und Details zu treffen; zur Sprache kommen werden vor allem einige allgemeine Gesichtspunkte, die für die Überlegungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Zusammenhang mit den SSG maßgeblich waren und sind.

2. Terminologie

Wir verstehen unter SSG festumrissene, kontinuierlich gepflegte Schwerpunkte im Erwerbungsprogramm einer wissenschaftlichen Universalbibliothek, die theoretisch alle Fächer oder jedenfalls eine große

* Die Redaktion dankt dem Verfasser für die Erlaubnis, das ursprünglich nicht für den Druck formulierte, sondern anhand von Stichwortnotizen einer Konferenz vorgetragene Referat in den «Nachrichten» zu veröffentlichen.

Zahl von Fächern gleichmäßig pflegt und ein SSG gewissermaßen als Spitze über diesem relativen Gleichmaß aufbaut.

Das gesamte System kennt aber noch andere Formen der bibliothekarischen Schwerpunktbildung: dazu gehören die zentralen Fachbibliotheken, die sich auf verhältnismäßig breite Fachkomplexe konzentrieren und in manchen Bereichen mehr leisten können als Universalbibliotheken. Es gehören dazu auch Spezialbibliotheken für engere Spezialfächer; sie sind teils ganz selbständig, teils betreuen sie ein Fach in enger Verbindung mit einer Universalbibliothek. Der Oberbegriff über diese drei Formen ist «bibliothekarischer Schwerpunkt», worunter nur die Schwerpunkte auf der überregionalen oder nationalen Ebene verstanden werden sollen. Dementsprechend ist das im folgenden Gesagte völlig unabhängig von irgendwelchen lokalen Konstellationen: angesprochen sind ausschließlich die bibliothekarischen Schwerpunkte auf der obersten, auf der nationalen Ebene.

3. Ausgangspunkte und heutige Zielvorstellungen

Die Planungen für SSG, soweit sie den Namen Planungen verdienen, gehen zurück auf das Jahr 1949, als die «Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft» ihre Arbeit wiederaufnahm. Damals diente die Einrichtung der SSG der möglichst ökonomischen Überwindung des Mangels an Geld und Literatur, an Devisen vor allem — heute hat sich die Szenerie insofern gewandelt, als es nicht mehr um die Überwindung des Mangels, sondern um die Beherrschung der Überfülle an Literatur geht, die in der ganzen Welt produziert wird. Um die Zielvorstellungen unserer Planungen in einer klaren Formulierung deutlich zu machen, sei hier ein Abschnitt aus einer eigenen Ausarbeitung, erschienen in den «Mitteilungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft» 1/1970 (S. 20), zitiert, wobei es zugestandenermaßen zwischen der Vorstellung und der Praxis noch große Lücken gibt:

«Der wissenschaftlich Tätige muß sich grundsätzlich darauf verlassen dürfen, daß ihm alle zu seiner Arbeit benötigte Literatur mithilfe der Bibliotheken innerhalb angemessener Frist nachgewiesen und beschafft wird. Dabei ist es selbstverständlich wünschenswert, daß ein möglichst großer Teil der Anforderungen von den Bibliotheken am Ort befriedigt werden kann. Auf der anderen Seite läßt das unaufhörliche progressive Wachstum der wissenschaftlichen Produktion eine lokale Autarkie der Bücherversorgung immer weniger denkbar erscheinen, selbst wenn sehr viel mehr Geld als heute für die Bibliotheken zur Verfügung stünde. Die Expansion der Forschung, der Ausbau und die Neugründung von Hochschulen, die Entwicklung neuer Diszi-

plinen und nicht zuletzt die Verbesserung der Dokumentations- und Informationsmöglichkeiten erzeugen einen wachsenden spezialisierten Literaturbedarf, der sich gleichzeitig auf eine immer größere Menge von Veröffentlichungen aus immer mehr Ländern verteilt. Diese Feststellungen führen notwendigerweise zu der Einsicht, daß nur ein rationelles Zusammenwirken vieler Bibliotheken und eine Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten eine einigermaßen befriedigende Literaturversorgung bei vertretbarem Aufwand gewährleisten können. Das wissenschaftliche Bibliothekswesen der Bundesrepublik muß daher als ein nach lokalen, regionalen und überregionalen oder nationalen Funktionen sinnvoll gegliedertes System aufgefaßt werden, das als Ganzes verpflichtet ist, den Bedarf zu decken, obwohl man dieses Ziel nur annähernd wird erreichen können. Die Zusammenarbeit in einem solchen System erfordert, daß insbesondere die größten öffentlich zugänglichen Bibliotheken nicht nur ihre eigene, aus Tradition und spezifischer Aufgabenstellung resultierende Entwicklungslinie verfolgen, sondern sich in eine übergreifende Planung und Koordination einfügen.»

4. *Das Gesamtsystem*

Wir betrachten also alle unsere überregionalen Planungen als Bestandteile eines Gesamtsystems. Dieses System hat, etwas anders vielleicht als in der Schweiz, in Deutschland drei Ebenen:

a) auf der lokalen Ebene wird es darauf ankommen, die Zusammenarbeit der Bibliotheken am Ort zu organisieren und zwar in der Weise, daß die ständig oder jedenfalls häufig benutzte grundlegende und spezielle Literatur dort vorhanden ist und daß Werke, die zum täglichen Bedarf (auch von spezialisierten Forschungseinrichtungen) gehören, nicht von außen herbeigeschafft werden müssen;

b) auf der nächsten, für die Bundesrepublik mittleren Stufe gibt es ein regionales Verbundnetz, das so organisiert ist, daß benachbarte Bibliotheken sich gegenseitig aushelfen. Die organisatorischen Hilfsmittel sind die regionalen Zentralkataloge und für den Transport seit einigen Jahren der fahrplanmäßige Bücherautoverkehr, der in Deutschland eingerichtet worden ist, um von der Post, bei der oft mit sehr großen Verzögerungen gerechnet werden muß, unabhängig zu sein; dieser Bücherverkehr hat in Baden-Württemberg und im Saarland angefangen und ist seit dem Januar 1971 praktisch über das ganze Land ausgedehnt; auch in Norddeutschland gibt es heute solche Linien, die alle zwei Tage die Bibliotheken abfahren und die Bücher hin- und hertransportieren;

c) auf der nationalen Ebene muß, das scheint logisch, der lokal und regional nicht gedeckte Bedarf abgefangen werden. Das betrifft inhaltlich — abgesehen also von der deutschsprachigen Kleinliteratur, die bei Pflichtexemplarbibliotheken und bei der «Deutschen Bibliothek» in Frankfurt gesammelt wird — im wesentlichen ausländische Spezialliteratur und Literatur in schwer zugänglichen Sprachen, ferner schwer beschaffbare Materialien, Literatur also, die in einer Normalbibliothek nicht ohne weiteres verfügbar ist. Dies sind nach unseren Erfahrungen die Veröffentlichungen, die am ehesten in einem überregionalen Verbundsystem gesucht werden.
Man kann sich nun, um diesen Bedarf auf der nationalen Ebene zu decken, zwei Organisationsformen vorstellen, die Zentralisierung und die Dezentralisierung:

1. Die Zentralisierung führt bei der heutigen Fülle an Literatur meiner Ansicht nach zu Mammutbibliotheken, die schwer beherrschbare administrative Apparate haben, wenn man wirklich ein vielseitig brauchbares Instrument entwickeln will, also nicht nur die Literatur erwerben, sondern sie auch nachweisen, den Benutzern Auskünfte erteilen und Sonderdienste einrichten will; sollten die Publikationen aller Länder, aller Fächer und aller Art an eine Stelle zusammengeholt werden, müßte ein Monsterinstrument zur Verfügung stehen wie vielleicht den Amerikanern in der Library of Congress — aber die Urteile darüber, ob die Library of Congress funktioniert, sind verschieden und gehen auch in Amerika auseinander. — Oder aber man entschließt sich, eine Art Literaturversandhaus einzurichten, also etwas wie die National Lending Library in Boston Spa, ohne Aufwand für die Katalogisierung oder für spezielle Informationsdienste, die nur massenweise die Bücher hereinbringt, sie in einem möglichst einfachen System ausgibt und überhaupt keine Benutzerschaft am Ort hat, keine lokalen Aufgaben, wie denn diese Bibliothek auch irgendwo auf der grünen Wiese steht und nur für den Versand eingerichtet ist.

2. Dezentralisation: In Deutschland war man der Entscheidung dafür oder dagegen an sich enthoben, weil es in der Situation von 1949 gar keine Wahl gab, keinen Anknüpfungspunkt an irgendeine Zentralisation, auch keine staatliche Stelle, die für eine solche zentrale Aufgabe die notwendigen Mittel hätte bereitstellen können. So mußte man zwangsweise auf die Dezentralisation kommen.

Dabei können wir wieder zwei Prinzipien unterscheiden: die Verantwortung für die Beschaffung wird aufgeteilt nach Fachgebieten, Fachkomplexen oder aber nach Herkunftsländern der Literatur, d. h. eine Bibliothek sammelt alles, was in Südamerika erscheint — ob es nun die Literaturwissenschaft, die Sprache, die Medizin oder die

Technik betrifft. Das ist bibliotheksorganisatorisch einfacher, weil dann den entsprechenden nationalen Informationsmitteln die Neuerscheinungen pauschal entnommen und angeschafft werden können.

In der Bundesrepublik wurde, obwohl komplizierter, die Einteilung nach Fachgebieten gewählt, nicht zuletzt deshalb, weil die DFG, die diese Initiative ergriffen hatte, eben eine wissenschaftliche Organisation ist und die Wissenschaftler selbstverständlich Wert darauf legten, ihre Ressourcen nach Fächern gegliedert zu haben. Die Literatur eines bestimmten Faches aus allen Ländern, die für dieses Fach von Interesse sind, an eine Stelle zu bringen: dies war die Entscheidung, und auf das so definierte System beziehen sich alle Ausführungen, die hier folgen.

5. *Generelle Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit eines dezentralisierten, fachlich gegliederten Systems von Schwerpunkten*

a) Die beteiligten Bibliotheken müssen grundsätzlich öffentlich zugänglich sein, jedenfalls in dem Maße, daß alle wirklich interessierten Benutzer einen Zugriff auf vorhandene Literatur haben. Die für den Schwerpunkt angeschaffte Literatur muß auch in den Leihverkehr nach auswärts gegeben werden bzw. es muß für Zeitschriftenaufsätze ein nach liberalen Gesichtspunkten arbeitender Kopierdienst organisiert sein. Deshalb wurden 1949 in Deutschland vor allem die Staats- und Hochschulbibliotheken mit SSG betraut, weil die Spezialbibliotheken damals fast ausschließlich beschränkt zugänglich waren, nämlich nur dem Kreis der Benutzer aus der eigenen Institution; außerdem waren sie nicht bereit, ihre Bestände auszuleihen.

b) Die an einem solchen System beteiligten Bibliotheken müssen über einen leistungsfähigen bibliothekarischen Verwaltungsapparat und über eine Organisationsform verfügen, die Kontinuität verbürgt und sachfremde Einflüsse ausschließt. Leistungsfähige bibliothekarische Apparate hatten vor 20 Jahren in Deutschland meistens nur die Großbibliotheken, seltener die Spezialbibliotheken, die zudem in der Bundesrepublik auch heute noch sehr viel stärker den Eingriffen ihrer Träger unterliegen als die in Jahrhunderten gewachsenen Großbibliotheken, die ein so großes Eigengewicht haben, daß niemand wirklich eingreifen und etwa die Kontinuität dieses Schwerpunktes stören könnte.

c) Die beteiligten Bibliotheken müssen über Fachleute verfügen, die mit der speziellen Materie des Schwerpunkts hinlänglich vertraut sind. Da nun sind im allgemeinen die Spezialbibliotheken den Univer-

salbibliotheken überlegen. Eine Universalbibliothek mit 15 Fachreferenten wird für das SSG Finno-Ugristik oder Astronomie schwerlich einen Mann finden, der diese Fächer studiert hat; eine Fachinstitution dagegen hat Mitarbeiter, die gleichzeitig wissenschaftlich auf diesen Gebieten tätig sind, über nationale und internationale Beziehungen verfügen, Kongresse besuchen usw.: alles Voraussetzungen, die für das Sammeln einer ganzen Reihe von Literaturgattungen — Preprints u. ä. — unerläßlich sind. — Für zwei Spezialgebiete läuft in Deutschland seit einigen Jahren ein Experiment, das bereits gute Resultate erbracht hat: Ein Universitätsinstitut wurde gekoppelt mit einer Universitätsbibliothek in dem Sinn, daß das Institut die eigentliche Anschaffung, die Bibliothek aber die bibliothekarische Verwaltung, die Ausleihe, also die technischen Dienste besorgt. Das betrifft das Gebiet Atomenergierecht, ein wirkliches Spezialfach, das auf diese Weise in Göttingen gepflegt wird, und das Gebiet der Kriminologie in Tübingen.

d) Die beteiligten Bibliotheken müssen die Schwerpunkt-Aufgabe als in ihrem eigenen Interesse liegend anerkennen und entsprechend handeln, das heißt auch, gewisse Opfer dafür bringen. Es kann immer Konflikte geben zwischen den lokalen Aufgaben, die ja die Hauptaufgabe sind, und der überregionalen Schwerpunkt-Aufgabe. Ganz gleich ob eine Bibliothek einer Universität dient, ob sie eine Stadt, ein großes Forschungsinstitut zu versorgen hat: es kann Reibungen geben. Wenn ein solcher Schwerpunkt eingerichtet wird, muß man auf diese Möglichkeiten von vornherein ganz klar hinweisen und auch die Zustimmung der Unterhaltsträger der Bibliothek einholen; jeder soll wissen, was auf ihn zukommt, damit nicht die Meinung entsteht, es werde alles von allein laufen; sonst erfolgt plötzlich ein Rückschlag, und was man investiert hat, ist verloren. Der beste Anknüpfungspunkt ist selbstverständlich, wenn eine Bibliothek schon aus lokaler Tradition heraus bestimmte Schwerpunkte gepflegt hat, die somit in ihrer angestammten Entwicklungslinie liegen. Keinesfalls sollte man einer Bibliothek einen Schwerpunkt wider ihren Willen aufdrängen. Schließlich muß man ins Auge fassen, daß man, wenn der lokale Anspruch an eine solche Institution sehr groß ist, bestimmte Werke wird duplizieren müssen, ein Exemplar oder mehrere braucht, um am Ort zu wirken, und ein Exemplar für den Leihverkehr reserviert hält. Gerade hier gibt es noch Schwierigkeiten, weil manche SSG-Bibliotheken dazu neigen, ein Unicum in die Handbibliothek einzurangieren und dessen Ausleihe zu verweigern.

e) Für Lasten, die mit der Pflege eines Schwerpunktes verbunden sind, ist den beteiligten Bibliotheken ein wenigstens teilweiser finanzieller Ausgleich zu schaffen. Hier liegt ein Kernproblem der Planung

von SSG. Es ist bekannt, daß sowohl der Farmington-Plan in den Vereinigten Staaten wie der Scandia-Plan in Skandinavien darunter gelitten haben, daß es für sie keine zusätzliche zentrale Finanzierung gegeben hat und die Bibliotheken im wesentlichen darauf angewiesen waren, im Rahmen des eigenen Budgets die Entscheidung zu treffen, entweder für den eigenen Bedarf am Ort etwas zu kaufen oder für den überregionalen Plan ein Buch zu erwerben, das dann vielleicht alle zehn Jahre nur einmal gefragt wird. Es ist deshalb vorteilhaft, wenn zusätzliche Mittel eingesetzt werden können, die von dritter Seite kommen und das allgemeine Budget der betreffenden Bibliothek nicht tangieren. Dabei lehrt die Erfahrung, daß durchaus nicht alles zusätzlich finanziert werden muß, daß die Bibliotheken vielmehr bereit sind, selbst erhebliche Leistungen für Schwerpunkte zu erbringen; wohl aber muß man soviel zusätzlich finanzieren, daß ein Anreiz besteht, diese eigenen Leistungen zu intensivieren.

Seit 1949 hat es in der Bundesrepublik mehrere ganz verschiedene Finanzierungsmodelle gegeben:

aa. Die sozusagen «klassischen» SSG wurden bis 1965 so versorgt, daß die Bibliotheken als Eigenleistung aufzubringen hatten den Ankauf der gesamten deutschen Literatur, die technischen Kosten (für Einband und Bearbeitung) und die Personalkosten, die mit der Handhabung des SSG verbunden waren (Erwerbung, Katalogisierung, Ausleihe); die DFG bezahlte die gesamte ausländische Literatur, die für die SSG angeschafft wurde.

bb. 1965 gab es eine Reform, die auch die Finanzierung betraf: Den Bibliotheken wurde zugemutet, auch für die ausländische Literatur einen sog. «Sockelbetrag» zu zahlen, d. h. so viel wie sie ohnehin auf ausländische Literatur für ein bestimmtes Fach hätte verwenden müssen, wenn es den Schwerpunkt nicht gäbe. Für manche Bibliothek war das hart und wurde oft als ungerecht empfunden, weil die Bibliotheken ja schon die deutsche Literatur kaufen und die ganzen Personalkosten aufbringen mußten. Aber es wurde durchgesetzt. Anderseits hatte man aber auch die von der DFG eingesetzten Geldmittel erhöht mit der Auflage für die Bibliotheken, mehr Spezialliteratur zu erwerben. Daneben wurden auch einige Zusatzprogramme finanziert, die Beschaffung von amerikanischen Dissertationen der University of Microfilms z. B., die alle SSG in einer sehr breiten Auswahl kaufen können. Anläßlich der Überprüfung der sog. «Negativzettel», also der Fernleihscheine, die nicht haben bedient werden können, sind den SSG-Bibliotheken weitere Beträge angeboten worden, um Lücken zu schließen.

cc. Ein ganz anderes System der Finanzierung ist für die Zentralen Fachbibliotheken gewählt worden. Das sind Bibliotheken, die nicht

ein Gebiet besonders pflegen, sondern deren gesamte Aufgabenstellung auf ein Fach ausgerichtet ist, das zugleich den Schwerpunkt darstellt. Hier streben wir an, mit der Zeit die gesamte Finanzierung dem staatlichen Unterhaltsträger dieser Bibliotheken zu überlassen. Die DFG hat ihnen aber in allen Fällen über viele Jahre hinweg sehr hohe Starthilfen geleistet und sie finanziert auch jetzt noch eine ganze Anzahl von Einzelprojekten, z. B. bei der Technischen Informationsbibliothek, deren Etat heute zum größten Teil vom Staat getragen wird. — Nun gibt es aber in Deutschland noch keine geregelte staatliche Kompetenz für die Finanzierung solcher Projekte; der Bund finanziert zwar jetzt zahlreiche Forschungsprojekte und zur Hälfte auch den Hochschulbau, aber die Zentralen Fachbibliotheken sind bisher in dieses Programm nicht integriert worden. Auf der gleichen Ebene wie der Bund arbeitet die «Ländergemeinschaftsfinanzierung», in der die Länder ein gemeinsames Budget aufstellen und Einrichtungen von zentraler Bedeutung, die aber eigentlich Angelegenheit der Länder sind, finanzieren. — Die Zentralen Fachbibliotheken sollten also auf dem einen oder andern Weg von diesen Stellen unterstützt werden; vorläufig aber wird das meiste noch von der DFG getan: Für die neue Zentralbibliothek der Medizin in Köln, für die außer der DFG nur das Land Nordrhein-Westfalen etwas zahlt, liegt der pro 1971 bewilligte Beitrag bei DM 600 000. In diesem Betrag sind die Personalkosten inbegriffen, die bei den Zentralen Fachbibliotheken auch über viele Jahre hinweg, bis die Stellen etatisiert sind, von der DFG bezahlt werden. Da es sich bei diesen Zentralen Fachbibliotheken um große Objekte handelt, müssen die Fragen ihrer Entwicklung und Finanzierung in ausführlichen (nicht publizierten) Gutachten abgeklärt werden, die auf Besprechungen mit Bibliothekaren und Experten der betreffenden Fächer basieren; es wurden kleine Ausschüsse, Unterausschüsse des Bibliotheksausschusses geschaffen, um von Zeit zu Zeit den Entwicklungsstand dieser Bibliotheken zu überprüfen, Empfehlungen auzuarbeiten für die weitere Finanzierung, Personalerhöhungen vorzuschlagen usw.

dd. Bei den eigentlichen Spezialbibliotheken schließlich liegt der Fall wieder anders. Es gibt Spezialbibliotheken, die völlig selbständig funktionieren und genügend Geld haben, um selber die Aufgaben eines nationalen Schwerpunkts zu übernehmen; ein Beispiel ist die Bibliothek des Deutschen Wetterdienstes in Offenbach, die alle wichtige Literatur auf dem Gebiet der Meteorologie sammelt, dem Leihverkehr angeschlossen ist (vgl. die vom Bibliotheksreferat der DFG veröffentlichte Liste «Überregionale bibliothekarische Schwerpunkte. Stand: 1. Januar 1971», S. 4, Pos. 16, 12[5]) und niemals zusätzliche Mittel von der DFG beansprucht hat. In andern Fällen, z. B. beim erwähnten

Atomenergierecht, bezahlt die DFG praktisch alles, weil das Universitätsinstitut nicht in der Lage ist, diese Kosten aufzubringen.

f) Die Funktionsfähigkeit eines Systems von Schwerpunkten hängt ab von ständiger Planung und Steuerung:

aa. Am besten koordiniert man beides mit der zentralen Finanzierung und zwar aus folgendem Grund: Wie die Schweiz und im Gegensatz etwa zu Frankreich hat die Bundesrepublik keine zentrale staatliche Bibliotheksverwaltung; die Zusammenarbeit in einem Planungssystem kann also nur eine freiwillige sein, jede Bibliothek entscheidet selbst, ob sie mitmacht. Wer nicht will, den kann man nicht zwingen; man kann ihm jedoch diese Planung nahebringen, die Koordinierung im Rahmen der Planung anbieten und ihn hinweisen auf die damit verbundene finanzielle Unterstützung. Es ist eine banale Erkenntnis, daß Planung und Steuerung sich mithilfe der Finanzmittel am ehesten bewerkstelligen lassen. Allerdings bewegt heute nicht mehr nur das Geld die Bibliotheken zur Mitwirkung; es ist im Bibliotheksausschuß der DFG auch so etwas gewachsen wie eine fachliche Autorität, und viele Bibliotheken empfinden es durchaus als etwas — um es nicht zu hochgestochen zu sagen: Ehrenhaftes, an diesem Gemeinschaftswerk mitzuarbeiten. Aber es gibt auch andere, die sagen: «Laßt uns in Frieden, wir wollen hiermit nichts zu tun haben!»

bb. Wenn man von Planung spricht, ist die Frage zu erwarten: Wie total soll diese Planung sein? Soll die Freiheit des einzelnen völlig beseitigt werden? Das ist natürlich nicht der Fall. Es muß immer ein Ausgleich zwischen Planung und Koordinierung auf der einen Seite und einem gewissen freien Spielraum auf der andern stattfinden, wenn psychologisch das Klima nicht verdorben werden soll. Die Erfahrung zeigt, daß es notwendig ist, klar zu bestimmen: Das muß getan werden — hier sind die Bibliotheken frei. Eine deutliche Abgrenzung der Aufgaben ist unerläßlich. Innerhalb dieser Grenzen aber sollen die Aktivitäten der einzelnen Bibliotheken sich ungehindert entfalten können.

Das Instrumentarium, mit dem man auf dieses Ziel hin arbeitet, hat sich im Laufe der Jahre verändert und entwickelt. Die DFG hat am Anfang, in den Notzeiten, die Zeitschriften und Bücher selbst im Ausland aufgekauft und den Bibliotheken zugeteilt, also eine Art totaler Planung betrieben, die aber darauf zurückging, daß nur sie Devisen besaß, die Genehmigung hatte, über ausländische Währung zu verfügen. Verhältnismäßig früh schon wurde dann die Beschaffung der Monographien den Bibliotheken überlassen; sie erhielten dafür pauschale Fonds, während die Zeitschriften noch bis zum vergangenen Jahr nach A- und von der DFG finanzierten B-Zeitschriften ge-

trennt wurden, wobei man die letzteren entsprechend den Vorschlägen der Bibliotheken und den Entscheidungen einer Kommission der DFG anschaffte. Heute haben die Bibliotheken auch zum Kauf der Zeitschriften pauschale Beträge zur Verfügung.

Für die Abgrenzung der SSG gibt es als Korsettstütze ferner sog. «Richtlinien», die nicht veröffentlicht sind. Bei den Zentralen Fachbibliotheken dienen gewisse Gutachten als solche Richtschnur für die Erwerbungspolitik und die sonstigen Aktivitäten der Bibliotheksleitung; dazu kommen die Beratungen mit den Unterausschüssen.

Das System ist also recht variabel, fußt teils auf schriftlichen Anweisungen, teils auf Beratungen von Fall zu Fall; jedenfalls wird man nicht zum Prinzip zurückkehren, für einzelne Titel von Büchern und Zeitschriften zentrale Entscheidungen zu treffen, einfach weil die Masse der Publikationen zu groß ist und die Gesichtspunkte, die seinerzeit etwa für die Auswahl der A- und B-Zeitschriften angewendet wurden, heute nicht mehr in dem Maße gelten wie vor 20 Jahren.

6. Probleme der Zuteilung und Abgrenzung der SSG

Für die Beratungen, die in der Schweiz über die Einführung von SSG geführt werden, sind vielleicht die Gesichtspunkte lehrreich, nach denen man 1949 in Deutschland die SSG zugeteilt, die Schwerpunkte abgegrenzt hat.

a) Aus den alten Akten der DFG geht hervor, daß zunächst eine Vorentscheidung getroffen wurde, die mit wissenschaftspolitischen Überlegungen zusammenhing und lautete: Der zu schaffende Plan von SSG soll das gesamte Spektrum der Wissenschaft abdecken, also nicht nur da und dort einen Punkt herausgreifen, sondern alle Fächer umfassen; er soll sich in der Gliederung anlehnen an die Gliederung der Fachausschüsse der DFG, d. h. zu Grunde gelegt wurde ein nicht wissenschaftstheoretisches, sondern wissenschaftspraktisches System, das es schon gab und das für die Arbeit der DFG maßgebend war.

b) Dann wurden die Staats- und Hochschulbibliotheken aufgefordert, Vorschläge zu machen bzw. Interessen anzumelden und ausführlich zu begründen. In der Begründung sollte dargelegt werden, warum sich eine Bibliothek für ein bestimmtes SSG interessiere, wobei die Antworten meist auf die Größe des vorhandenen Bestandes hinwiesen, auf die laufenden Zeitschriften, die für das beanspruchte Fach schon verfügbar seien, den traditionellen Tauschverkehr erwähnten, der mit diesen und jenen Ländern geführt werde, die besonders viel für das Fach beibringen könnten usw.

Es gab Konkurrenzen; um verschiedene Fächer, die Romanistik z.B., bewarben sich mehrere Bibliotheken, so daß immer wieder Rücksprachen mit Fachvertretern der Hochschulen nötig waren, die nach Kriterien befragt wurden, nach ihrem Eindruck von der Stärke der betreffenden Sammlung. Nach monatelangem Abwägen kam schließlich die endgültige Fassung des Zuteilungsplanes zustande.

Drei Kriterien gaben vor allem den Ausschlag:

aa. Die Tradition der SSG der «Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft» aus den zwanziger Jahren, die ihrerseits teilweise angeknüpft hatte an alte preussische Traditionen: Unter der Verwaltung des berühmten Althoff waren in preussischen Universitätsbibliotheken auch schon gewisse SSG eingerichtet worden; manche waren geschichtlich bedingt: daß Göttingen z. B. für die Anglistik zuständig war schon zu preussischen Zeiten, hing nicht zuletzt damit zusammen, daß es zum Königreich Hannover gehörte, das früher einmal mit England verbunden war. Auch das SSG Theologie in Tübingen und das SSG der Beschreibenden Naturwissenschaften in Frankfurt sind von der Notgemeinschaft eingerichtet worden.

bb. Lokale Tradition, die sich — auf verschiedene Weise — selbst entwickelt hatten: In Köln wurden z. B. die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften angesiedelt, weil die Bibliothek dort aus einer Handelshochschule hervorgegangen war und ursprünglich überhaupt nur entsprechende Literatur kaufte; als man die Hochschule dann zur Universität erweiterte, führte man die Sammlung als traditionellen Schwerpunkt weiter, vor allem auch weil die betreffende Fakultät sehr groß ausgebaut wurde. Frankfurt bewarb sich um die Völkerkunde nicht nur deshalb, weil dort das «Frobenius-Institut» steht, sondern auch weil es der Stadt- und Universitätsbibliothek gelungen war, nach dem ersten Weltkrieg eine große Spezialbibliothek, nämlich die des Deutschen Reichskolonialbundes mit über 55 000 Publikationen zu erwerben, welche die Völkerkunde im allgemeinen und insbesondere die afrikanischen Stämme usw. betrafen. Das war der Kernbestand, der den Anspruch auf ein SSG überzeugend begründete.

cc. An den betreffenden Hochschulen existierten schon von der Seite der Forschung her Schwerpunkte: Daß Göttingen das kleine SSG «Finno-Ugristik» bekam, verwunderte damals zunächst; es schälte sich aber dann heraus, daß der einzige aktive Lehrstuhl mit einem etwas größeren Apparat sich zu der Zeit in Göttingen befand, und es war naheliegend, das SSG dorthin zu geben, vor allem auch weil der Professor sich bereit erklärte, am Aufbau mitzuwirken, was die DFG anderswo nicht hätte haben können. Von dieser Möglichkeit machte

man Gebrauch ebenfalls bei den technischen Disziplinen: Nachdem man anfänglich die Technik hatte zusammengeben wollen (nach Hannover und Aachen), wurde sie auf die damals acht Technischen Hochschulen aufgeteilt und zwar gemäß lokalen Forschungsschwerpunkten. Dabei ließ man sich also immer etwas von der Überlegung leiten, daß in solchen Fällen Fachleute präsent seien, welche die fachliche Beratung übernehmen würden. — Natürlich können auch bei einem solchen Zusammenfallen von SSG und Forschungsschwerpunkt Probleme sich einstellen: Es gibt Wechsel, und es ist hin und wieder vorgekommen, daß ein SSG völlig in der Luft hing, nachdem sich das betreffende Institut in Nichts aufgelöst hatte, weil der Professor einen Ruf anderswohin annahm, seine Assistenten mitgingen, die Universitätsbibliothek oder Technische Hochschulbibliothek also keinen Spezialisten mehr hatte, der ihr beim Kauf von Publikationen fachlich verantwortlich zur Seite gestanden hätte. Das ist natürlich schmerzlich; denn bibliothekarische Schwerpunkte sind ja auf Kontinuität angewiesen — man kann sie nicht alle fünf Jahre transferieren.

c) Gibt es eine optimale Größe von SSG?

Über diese Frage war man sich in Deutschland 1949 nicht ganz im klaren. Es wurden damals SSG eingerichtet, die sich deckten mit ganzen Fakultätsfächern (Theologie, Rechtswissenschaft, Medizin); es gab klassische Einzeldisziplinen wie Archäologie, Ägyptologie, Astronomie, die jeweils ein SSG bildeten, und es gab winzige Spezialfächer, vor allem bei der Technik: Brennstoffchemie, Lichttechnik, als SSG. Im ganzen also eine nicht sehr systematische Aufteilung — der Gesamtkomplex der Medizin hier und daneben die Lichttechnik, das sind natürlich keine Proportionen.

Aber auch heute gelangt man zu keiner Lösung, die eindeutig Vorteile oder eindeutig Nachteile mit sich brächte. Vom Sachzusammenhang der Wissenschaften her sind größere Komplexe sicher besser, weil sie verwandte Gegenstände nicht auseinanderreißen und die Abgrenzung der SSG leichter wird, wenn auch nicht durchwegs; denn es gibt ja heute etwa zwischen der Medizin und den Sozialwissenschaften viele Bereiche, die nicht eindeutig zuzuordnen wären. Immerhin sind nicht noch die Abgrenzungen zwischen den verschiedenen medizinischen Disziplinen zu regeln.

Gegen die größeren und für die kleineren Komplexe spricht, daß ein relativ enges SSG intensiver gepflegt werden kann. Auch die Masse des Materials bei großen Gebieten kann eine Bibliothek überfordern, etwa in den Sozialwissenschaften, die wahrhaft ein Faß ohne Boden sind und bei denen man nicht einmal weiß, was alles dazugehört; die

Universitätsbibliothek Köln betreut zwar dieses SSG noch pro forma, aber es handelt sich nur um einen Grundstock — eine Universitätsbibliothek wäre damit ohnehin überfordert, vor allem weil die Leser heute verlangen, daß z. B. auch Resultate von Testumfragen und ähnliche Papiere, auch wenn sie nicht gedruckt sind, zur Verfügung gehalten werden.

d) Klar festlegen läßt sich jedoch, was in die einzelnen Komplexe hineingehört, ohne Rücksicht darauf, wie groß die Fächer sind. In den erwähnten Richtlinien, welche die DFG aufgestellt hat, ist aber nicht ausgeführt, was die Kernsubstanz eines Faches ausmacht, sind nur die Grenzen abgesteckt, d. h. die Bestandteile der Disziplinen erwähnt, deren Zuordnung fraglich sein kann. Das gilt etwa für die Rechtsphilosophie, die Sozialphilosophie und Sprachphilosophie, welche die Philosophen für sich in Anspruch nehmen könnten, während der Jurist sagt: Rechtsphilosophie ist eine Disziplin der Rechtswissenschaft. Für solche Fälle sind in den Richtlinien klare Entscheidungen und eindeutige Zuordnungen getroffen. Die Richtlinien, die alle SSG-Bibliotheken erhalten, werden von Zeit zu Zeit ergänzt, um sie auf den neuesten Stand der Entwicklung zu bringen.

e) Ein besonderes Problem der Abgrenzung bilden die sog. «Kulturkreisfächer», die sich wiederum aus den ganz alten SSG herleiten: Eine Bibliothek sammelte die englische, eine andere die romanische Kultur. Das widersprach zweifellos der strengen Facheinteilung; man nahm aber bei der ersten Fassung der SSG die zahllosen Überschneidungen in Kauf, die sich daraus ergaben, daß bestimmte Literatur einmal unter dem Fachgesichtspunkt und einmal unter dem regionalen kulturellen Gesichtspunkt gesammelt wurde. — Diese Kulturkreisfächer enthielten Sprache, Literatur, Geschichte, Kunst, Volkskunde, Verfassung, Verwaltung, Geistesleben: alles was unter kulturellem Bestand zusammenzufassen ist. Ausgeschlossen waren von Anfang an nur Naturwissenschaften und Technik, die Geologie von England wurde also nicht unter dem Gesichtspunkt England in Göttingen gepflegt, sondern unter dem Gesichtspunkt Naturwissenschaften (nur zufällig war dieses SSG auch Göttingen zugeteilt), und selbstverständlich sollte etwa die Bayerische Staatsbibliothek, die das SSG Sowjetunion hatte, nicht auch Publikationen über die Geologie des Urals kaufen.

Der Nachteil lag darin, daß gemäß dem bis 1965 gültigen System ein Werk z. B. über das englische Parlament in den letzten hundert Jahren dreimal auf Kosten der DFG angeschafft wurde, nämlich einmal vom SSG England — einmal vom SSG Geschichte, weil dieses Par-

lament eine historische Institution ist — zum dritten Mal beim SSG Politik, weil der Parlamentarismus als politische Erscheinung dort angesiedelt war. Handelt es sich um wertvolle Literatur, so war das vielleicht nicht so schlimm; aber es gab natürlich auch Bücher und Schriftchen, bei denen man mit Recht sagte: «Es genügt, wenn sie einmal im Lande sind!»

1965 wurden die entsprechenden Richtlinien für die Abgrenzung verschärft; man hat für jedes dieser Kulturkreisfächer (damals in «regionale Sammelgebiete» umbenannt) genau festgelegt, was dafür gekauft werden dürfe, und die betreffenden Gebiete aus den Fachzusammenhängen herausgenommen. So blieben in diesen «regionalen Sammelgebieten» nur noch die Kernsubstanzen der regional bestimmten Disziplinen, bei England z. B. vor allem Sprache und Literatur, Volkskunde und Geschichte; im SSG Geschichte wird die englische Geschichte nicht mehr berücksichtigt, es ist eingeschränkt auf die Universalgeschichte, die gesamteuropäische Geschichte und auf die Geschichte einiger Länder, für die es regionale Schwerpunkte nicht gibt (die Schweiz, Österreich, auch Deutschland).

Solchen Entscheidungen liegen häufig komplizierte Überlegungen zugrunde, und es ist auch immer zu berücksichtigen, daß manches historisch gewachsene SSG nicht beliebig einer Bibliothek weggenommen werden und anderswohin verlegt werden kann. Man muß immer wieder versuchen, in Verhandlungen einen Kompromiß zu finden, und einige dieser Richtlinien tragen auch deutlich den Stempel des Kompromisses.

7. *Was soll ein überregionaler Schwerpunkt praktisch leisten?*

a) Erwerbung: Da richtet sich das Interesse zunächst auf die Erwerbungstätigtkeit. Mit der Entwicklung der Wissenschaft, des Publikationswesens und der Erhöhung der zur Verfügung stehenden Geldmittel haben sich seit 1949 die Ansichten darüber, was auf der nationalen Ebene notwendig angeschafft werden muß, sehr geändert.

aa. Die «klassischen» SSG, d. h. die SSG alten Typs, wie sie 1949 entstanden, orientierten sich völlig an der konventionellen Forschungsliteratur im engeren Sinn, also an Büchern und Zeitschriften mit wissenschaftlichen Originalbeiträgen, die nach einem strengen Selektionsverfahren, wie es der Tradition der klassischen Universalbibliotheken entsprach, ausgesucht wurden. Auch die Gruppierung nach A- und B-Zeitschriften entsprang ja diesem Denken: A-Zeitschriften waren die grundlegenden, B-Zeitschriften die speziellen Organe, womit nicht ein Qualitätsunterschied, sondern ein Unter-

schied hinsichtlich der Spezialisierung gemeint ist. Viele Bibliothekare haben immer Wert darauf gelegt, daß ein SSG sich dem Erwerbungsprogramm einer Universalbibliothek anpasse, die ihrerseits ja oft darauf ausgeht, die wesentliche Literatur ihrer Epoche für spätere Jahrhunderte zusammenzuholen. Unter dieser Einstellung hat zweifellos die Aktualität mancher Büchersammlung gelitten. Man hat dann, ohne großen Erfolg, versucht, dieses Vorgehen etwas zu modifizieren; die Kommission, die für die Zuteilung der Zeitschriften verantwortlich war und personalmäßig lange Zeit identisch blieb, vertrat einen sehr harten Standpunkt. Ich kann mich noch erinnern, daß reihenweise Zeitschriften aus Wissenschaften wie Technik, Medizin, Wirtschaft abgelehnt wurden, z. T. weil sie zu 90% Annoncen enthielten und dann noch zwei Artikel. Manchmal sagten die Bibliothekare zaghaft: «Die Leute wollen das, es wird bei uns bestellt»; die DFG beharrte aber auf ihrem Nein. Dieser Haltung lag etwas die Ideologie zugrunde: Der Bibliothekar weiß besser als der Benutzer, was dem Benutzer frommt.

bb. Vom Bedarf her entstand dann ein solcher Druck, daß man sich zu einer Änderung entschließen mußte. Zuerst, was naheliegt, für die Fächer, die über eine große wissenschaftlich orientierte Praxis verfügen, zu deren Benutzerkreis also Firmen gehören, Organisationen, Ingenieure zählen — ihre Bedürfnisse bildeten den Anstoß für die Errichtung der Zentralen Fachbibliotheken für Technik, Wirtschaft, Medizin und Landwirtschaft. Hier wurde nun von vornherein die Sammelaufgabe ganz anders definiert: Selbstverständlich mußte die wissenschaftliche Originalliteratur strenger Observanz auch gekauft werden; darüber hinaus sollten aber jetzt zwei Arten von Material hereinkommen, die für die klassischen SSG nie eigentlich zur Diskussion gestanden hatten: Einmal die zwar wissenschaftlich hochwertige, aber in der Form nicht konventionelle Literatur wie vervielfältigte Forschungsberichte, manche Verbandsschriften, Konferenzpapiere u. ä.; die andere Gruppe bestand aus dokumentarischem und informatorischem Material, dessen Inhalt selbst ohne Zweifel nicht Wissenschaft darstellt, das aber wegen der Informationen, Daten und Fakten als Quelle für die Wissenschaft unerläßlich ist.

Diese inhaltliche Erweiterung zog nach sich, daß man die strenge Selektion aufgeben mußte. Man ist mit den Bestellungen mehr und mehr zu einem Pauschalverfahren übergegangen, jedenfalls bei einzelnen Teilen des Erwerbsprogramms, und abonniert nun, ohne im Einzelfall noch eine Prüfung vorzunehmen, alle Zeitschriften, die von den führenden (meist amerikanischen) Referateorganen dieses Faches ausgewertet werden. Und wenn eines dieser Referateorgane hundert neue Zeitschriften aufnimmt, werden automatisch auch diese bestellt.

Im großen Stil wird dieses Verfahren bei der Medizin exerziert, wo man rigoros alles, was der Index Medicus, bzw. das System MEDLARS, der computerisierte Index Medicus, auswertet, anschafft. Es handelt sich um 2500 Zeitschriften, und man hat darüber hinaus noch die medizinischen Fachorgane aufgenommen, die in Europa erscheinen und wichtig, aber im Index Medicus bisher noch nicht verzeichnet sind.

Die Technische Informationsbibliothek hat Pauschalabonnements auf die amerikanischen Governmentary Reports aufgegeben, die reihenweise eintreffen, ohne daß man sie katalogisieren müßte, weil sie ein Nummernsystem haben und entsprechende Listen mitgeliefert werden. Die Zentralstelle für Atomenergiedokumentation macht dasselbe im Sektor der Atom-Reports, und die Landwirtschaftliche Zentralbibliothek beschafft pauschal sämtliche Berichte von den landwirtschaftlichen Versuchsstationen der USA.

Natürlich ist manches Überflüssige dabei; aber die DFG ist der Meinung, daß man sich das an einer Stelle des Landes leisten könne und es immer noch einfacher sei, für die Aufbewahrung dieser Sachen etwas mehr Platz zu schaffen, als hochqualifizierte Kräfte mit der fast unlösbaren Aufgabe zu betrauen, aus dieser Masse das herauszufinden, was der potentielle Bedarf erfordert, wobei man doch nie genau weiß, ob ein Benutzer nicht gerade den Report braucht, den man nicht gekauft hat.

Die Folge dieses Pauschalverfahrens läßt sich an folgenden Zahlen ablesen: das klassische A- und B-Zeitschriftenprogramm umfaßte nie mehr als 10 000 Titel; heute haben die Zentralen Fachbibliotheken — also nur Technik, Medizin, Wirtschaft und Landwirtschaft — zusammen schon 40 000 Zeitschriften, Jahrbücher und laufende Serien abonniert.

cc. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Gegenwärtig wird das ganze System in Gruppeninterviews mit Bibliothekaren aller Couleurs, in Befragungen von Fachleuten usw. überprüft.

Das Ergebnis kann sein, daß wiederum einige der klassischen SSG herausgebrochen und in andere Lösungen übergeführt werden. «Verdächtig» sind in diesem Sinn die Betriebswissenschaft, die Biologie, vor allem die Pädagogik — ein Fach, bei dem man überhaupt keine Grenzen mehr sieht und in das heute fast alles hineingezogen wird. Aber eine Lösung muß gefunden werden; die Analysen des auswärtigen Leihverkehrs lassen erkennen, daß Tausende von Bestellungen auf Literatur, die eine «seriöse» Bibliothek niemals anschaffen würde, im Lande umherlaufen. Diese Bestellungen gehen durch 7 Zentral-Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtun-

kataloge, und wenn sie drei Monate später wieder beim Benutzer ankommen, schüttelt er den Kopf und sagt: «Mit den Bibliotheken ist es nichts». Deshalb die Notwendigkeit, auch auf diesem Feld Ordnung zu schaffen. Wahrscheinlich kommt die Einbeziehung weiterer Spezialbibliotheken in betracht.

Für manche Gruppen von Publikationen wird bis zu einem gewissen Grad vom Fachprinzip Abstand genommen; so hat die DFG mit der Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz, die bei ihrem derzeitigen Zustand — geteilt zwischen Marburg und Westberlin — lokal nicht zu stark beansprucht ist und es auch später nicht sein wird, weil ja in Berlin noch andere große Bibliotheken bestehen, ein Abkommen getroffen über die Beschaffung von Amtsdrucksachen aus allen Ländern, von ausländischen Tageszeitungen und Illustrierten. Wir haben z. B. festgestellt, daß in der Bundesrepublik etwas über 800 verschiedene ausländische Tageszeitungen und Illustrierte bezogen werden und die Masse davon die Staatsbibliothek empfängt. Diese Periodika aufzugliedern nach SSG und damit Hochschulbibliotheken zu belasten, erscheint von vornherein unmöglich. Besser ist es, wenn die Staatsbibliothek eine Dienststelle, die sie ohnehin unterhalten muß, erweitert und die gemäß einer nach Befragung von Spezialinstituten und ausländischen Botschaften erstellten Ergänzungsliste noch nicht vorhandenen 500 Titel pauschal abonniert.

Für dieses in den Augen des klassischen Bibliothekars wohl bedenkliche Vorgehen gibt es noch weitere Beispiele: der Staatsbibliothek ist seit alters eine Sammlung topographischer Karten angegliedert; auch hier sind Mittel investiert worden, um sie zu ergänzen.

Für andere Veröffentlichungen wiederum, die große Schwierigkeiten bereiten wie die sog. «graue Literatur», also amtliche und halbamtliche Schriften aus den Ländern des Nahen Ostens etwa, ist ein Spezialinstitut beauftragt worden, Leute hinzuschicken, die herumreisen, zu den Ministerien gehen, kleine Geschenke geben (deren Finanzierung der Rechnungsprüfung etwas Mühe macht), um Material aufzufinden, das sich sonst auf normalem Weg nicht herbeischaffen läßt. Das Institut übernimmt natürlich die Verpflichtung, dieses Material allen zur Verfügung zu stellen, Listen an die orientalistischen Forschungsinstitute zu verschicken usw.

Eine ähnliche Lösung wird zusammen mit dem Deutschen Institut für Afrikaforschung in Hamburg für Afrika gesucht.

Es besteht sogar Bedarf nach ausländischen Schulbüchern; das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig, dessen Bibliothek ziemlich vernachläßigt war, wird jetzt finanziell unterstützt und verpflichtet sich, einen Schwerpunkt zu bilden, die Sammlung zu pflegen und alle daran teilhaben zu lassen.

dd. Natürlich bestehen große Unterschiede zwischen Theorie und Praxis. Das hat sich gezeigt bei der Erfolgskontrolle, die vor zwei Jahren durchgeführt wurde, nämlich bei der Analyse der Negativzettel im interbibliothekarischen Leihverkehr; sie ermöglicht es, festzustellen, welche Schwerpunkte gut funktionieren, welche schlecht und wo die Lücken sind. In Deutschland werden im Jahr schätzungsweise 1 Million Fernleihbestellungen aufgegeben (die Experten dieses Leihverkehrs schätzen die Zahl noch höher); davon werden 6—7% nicht erledigt. Das scheint gar nicht so schlimm, wenn man es positiv ausdrückt: 93% kommen zum Ziel. Aber diese 6—7% repräsentieren immerhin 60 000 bis 70 000 enttäuschte Benutzer, was man auf die Dauer natürlich nicht hinnehmen kann. Infolgedessen ist ein System erarbeitet worden, alle unerledigten Scheine, soweit man ihrer habhaft wird, über die Zentralkataloge bei der Staatsbibliothek zusammenzubringen; dort werden sie kopiert, das Original geht an den Benutzer zurück mit dem Vermerk, die Bestellung sei registriert worden, die Kopien werden an die Schwerpunkt-Bibliotheken gesandt mit der Aufforderung, zu prüfen, ob die Publikation noch gekauft werden könne, ob die Zeitschrift nicht abonniert werden müsse usw. Es ist noch zu früh, um genau zu wissen, was für einen Erfolg diese Kontrolle gebracht hat, aber aus Unterhaltungen mit einzelnen Bibliothekaren ist herauszuhören, daß eine ganze Reihe von Titeln nachher angeschafft worden sind; und wenn es sich um Zeitschriften handelt, die nun abonniert werden, suchen die nächsten Benutzer nicht mehr vergeblich nach diesem Organ.

ee. Trotz alledem wird man wahrscheinlich niemals in der Lage sein, alle denkbaren Wünsche, die aus dem differenzierten Forschungs- und Wirtschaftspotential eines großen Landes angemeldet werden, zu befriedigen. Auch bei der Technischen Informationsbibliothek, die wirklich sämtliche Register beherrscht, um möglichst viel hereinzubringen, hält sich konstant eine gewisse Zahl Wünsche, denen nicht entsprochen werden kann; sie liegt bei auswärtigen Bestellungen um 15% in manchen Monaten. Hier bleibt eigentlich nichts anderes, als zu versuchen, durch Verbindungen zu ausländischen Stellen sich Kanäle zu schaffen, auf denen man im Bedarfsfall möglichst rasch für den Benutzer eine Schrift besorgen kann. Das allerdings muß die Schwerpunktbibliothek dann in eigener Regie machen; sie kann dem Benutzer nicht sagen: «Wir haben das nicht, kümmert uns nicht!», sondern sie muß sich darum bemühen. So hat die Technische Informationsbibliothek mit Boston Spa (England) ein Abkommen gegenseitiger Aushilfe ähnlich wie die Medizinische Zentralbibliothek mit der National Library of Medicine in Bethesda (USA). Die DFG

selbst unterhält gemeinsam mit dem Institut für Dokumentationswesen in Frankfurt in Washington eine Außenstelle, weil häufig amerikanische Veröffentlichungen durch Korrespondenz allein nicht beschafft werden konnten; dieses Büro nimmt von einzelnen wichtigen Bibliotheken aus dem Schwerpunktsystem Wünsche entgegen, wenn die normalen Beschaffungskanäle versagen, und zwar auch Wünsche, die von Benutzern geäußert worden sind und die man nicht erfüllen konnte; diese Stelle für das deutsche Informations-, Dokumentations- und Bibliothekswesen scheint gut zu funktionieren, weil eben manches zu bekommen ist, wenn man in Washington mit dem Mann, der für den Report eines Ministeriums verantwortlich ist, persönlich spricht. Ähnlich haben sich ja auch die skandinavischen Länder beholfen.

ff. Der zuletzt berührte Gesichtspunkt, daß ein Land wahrscheinlich überhaupt nicht mehr lückenlos ein Erwerbungsprogramm durchführen kann, das jeden möglichen Bedarf deckt, führt zwangsläufig zur Überlegung, ob man sich in Europa nicht zu einer gewissen Zusammenarbeit finden sollte. Es wird z. B. in Deutschland immer wieder gesagt: In Brüssel ist zweifellos über den Kongo alles vorhanden, auch was dort jetzt noch erscheint, denn die Belgier haben noch sehr enge Beziehungen zu dieser früheren Kolonie. Ist es nun wirklich notwendig, daß man in der Bundesrepublik, in England, in Schweden und überall wieder anfängt, Sammlungen über den Kongo anzulegen, welche die Literatur noch einmal herbeischaffen? Kann man nicht zu einem Agreement kommen, das auch den internationalen Leihverkehr betrifft und gewisse Präsenzbestimmungen in Bibliotheken überwindet? Könnte man nicht auch eine internationale Absprache treffen für solche Schwerpunkte, die anzulegen sich im nationalen Rahmen gar nicht lohnt, einfach weil der Bedarf zu gering ist, um den ganzen Aufwand zu rechtfertigen?

In andern Fällen wiederum wird man sagen können: Diese Publikationen brauchen gar nicht in Europa zu sein. Wenn jemand sich mit dem oder jenem Spezialgebiet in Japan befaßt, dann wird er eben eine Reise dorthin machen müssen. Das ist auch die Meinung von Professoren, die befragt wurden, ob eine bestimmte Gruppe von Literatur angeschafft werden müsse: Besser werde das gleiche Geld investiert in ein Reisestipendium für den Einzelforscher, damit er in das Land fahren und seine Arbeit dort machen könne.

b) Was soll ein Schwerpunkt außerhalb der Erwerbung noch leisten? Es seien hier nur zwei Probleme gestreift, die außerhalb der Erwerbungstätigkeit liegen.

aa. Das eine ist die Frage, die vor allem aus den Kreisen der Dokumentation oft gestellt wird: Sollten die SSG-Bibliotheken nicht auch Erschließungsarbeiten leisten? Vor acht Jahren wurde ein größeres Gutachten gemacht, um zu klären, ob es möglich und sinnvoll sei, die im SSG-Programm gehaltenen Zeitschriften von den jeweiligen SSG auswerten zu lassen im Sinn einer Katalogisierung der Aufsätze. Schon erste Berechnungen ergaben aber, daß dies ein utopisches Unterfangen wäre, 10 000 Zeitschriften, d. h. durchschnittlich 400 000 Aufsätze im Jahr erschließen zu wollen. Da diese Zahl in Zukunft noch wachsen wird, jede der beteiligten Bibliotheken ferner einen kompletten Satz dieses Katalogs haben sollte, müßte man sofort neue große Gebäude aufstellen, um auch nur die Katalogkästen unterzubringen; Heerscharen von Menschen müßten zusätzlich angestellt werden, um das Kartenmaterial zu ordnen. Deshalb herrscht eher die Meinung vor, Bibliographien, auch wenn sie hinterherhinken, zu unterstützen, obschon das auch nicht zu dem Erfolg führt, den man sich davon verspricht. Es kommt hinzu, daß in der Bundesrepublik die Kompetenz für die Dokumentation auf einer ganz anderen Ebene liegt: es gibt das Institut für Dokumentationswesen in Frankfurt, und es gibt im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft ein Referat, das die staatliche Planung für die Dokumentation betreibt. Hier neigt man dazu, für die einzelnen Fächer zentrale Dokumentationsstellen zu errichten oder sog. «Dokumentationsringe» zu schaffen, an denen vielleicht zehn Stellen aus einem Fach mit verteilten Rollen mitarbeiten und die dann die Resultate zusammenziehen zu einem Dokumentationsinstrument, das auf die Datenverarbeitung hin geplant wird. Oder aber man wird ausländische Unternehmungen ausnutzen, wie es jetzt bei der Medizin geschieht, wo ein Institut für medizinische Information und Dokumentation errichtet worden ist, das eben jetzt eine MEDLARS-Station werden wird; der Computer ist zwar noch nicht installiert, man arbeitet jetzt noch getrennt, hat aber die entsprechenden Verträge mit den Amerikanern schon abgeschlossen.

Das beste, was die DFG tun kann, ist darauf hinzuwirken, daß diese Informationseinrichtungen in unmittelbarer Nähe der Bibliotheken erstellt werden, welche die Quellen, das Material besitzen; das ist im Fall der Medizin auch geglückt, indem das Medizinische Dokumentationszentrum nach Köln gekommen ist, so daß der Benutzer, der dort vom MEDLARS-Band eine Auskunft erhält, sofort weiß — es wird ihm auch mitgeteilt —, daß er die auf der Liste verzeichneten Originaltexte, die er haben möchte, sicher bei der Medizinischen Zentralbibliothek findet. Im Moment ist eine solche Lösung das Optimum, das auf diesem Sektor möglich ist. Einige Zentrale Fachbibliotheken

haben auch eigene Informationsaktivitäten entwickelt, z. B. die Technische Informationsbibliothek auf dem Gebiet östlicher Publikationen; sie besitzt einen Informationsdienst über russische und andere ostsprachliche Zeitschriftenaufsätze, ferner ein Übersetzungszentrum, einen Übersetzungsnachweis- und -auftragsdienst. Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften besorgt die Bibliothek am Weltwirtschaftsinstitut in Kiel, die als Zentralbibliothek fungiert, schon seit Jahren eine Art Zentralkatalogisierung für rund fünfzig wirtschaftswissenschaftliche Institute; sie ist jetzt auch die Stelle, an der die «Bibliographie der Sozialwissenschaften» bearbeitet wird. Das sind aber nicht Planungen in dem Sinn, daß man von Anfang an darauf hingearbeitet hätte, sondern es sind Entwicklungen, und man konnte erst in einem günstigen Moment eingreifen und mehrere Dinge kombinieren.

bb. Was bei den klassischen SSG auf jeden Fall erreicht werden sollte, ist, daß sie einen stärkeren Akzent auf die Auskunftstätigkeit legen; auch wenn es sich um Fächer der Geisteswissenschaften handelt, sollten sie erkennen: «Wir sind die Stelle, die dem Land gegenüber eigentlich verantwortlich ist, daß dem Benutzer, wenn er an seinem Hochschulort nicht weiterkommt, doch geholfen wird». Dieses Bewußtsein ist bei den SSG, offen gestanden, meistenteils noch nicht sehr ausgeprägt; sie sagen: «Wenn wir die Literatur haben, ist es gut — haben wir sie nicht, tut es uns leid». Und das ist natürlich zuwenig.

8. Probleme, die noch offen sind

Abschließend seien drei Probleme genannt, die auch in Deutschland noch ungelöst sind und über die man nachdenken sollte, wenn man ein SSG-System oder eine Variante dieses Systems diskutiert:

a) Wie kann man die laufende Fortentwicklung eines solchen Systems, dem jeweiligen Entwicklungsstand der Wissenschaft und des Publikationswesens angepaßt, garantieren? Beides bleibt ja nicht statisch, sondern ist ständig in Bewegung. In der Bundesrepublik ist das ganz konkrete Problem z. B. aufgetaucht: Was geschieht mit den Komplexen, die in den letzten Jahren wie über Nacht aus dem Boden gewachsen sind: Bildungsforschung, Umweltforschung, Zukunftsforschung, Systemforschung, Planungstheorie? Welche von den SSG-Bibliotheken hat sich darum zu kümmern? Von allein wird keine es tun. Es ist notwendig, einen Mechanismus zu schaffen, der sozusagen ständig die wissenschaftliche Entwicklung beobachtet und sofort die Konsequenzen zieht und zwar so frühzeitig, daß das Material von

Anfang an beschafft wird. Dafür gibt es aber noch keine vollkommene Lösung.

b) Wie kann man einem SSG an einer Universalbibliothek in den Kreisen der Wissenschaft ein «Image» verleihen? In Deutschland läuft ja der Leihverkehr über die Zentralkataloge; und obwohl es Bestimmungen gibt, daß für Spezialliteratur nicht alle diese Zentralkataloge, sondern die zuständigen SSG befragt werden sollen, wird das großenteils nicht gemacht, einfach weil die Mitarbeiter der Zentralkataloge es oft bequemer finden, die Suchkarte in den Automatismus des Leihverkehrs zu geben, als darüber nachzudenken, wo dieses Buch sein könnte. Infolgedessen weiß der Benutzer, der letztlich doch irgendwoher das Werk bekommt, gar nicht, daß er es vielleicht nur erhält, weil es dort oder dort das SSG gibt, das seinem Fach entspricht; er kennt dieses SSG nicht, er kann sich auch gar nicht direkt dorthin wenden. Dieser Benutzer wird nie begreifen, wo eigentlich seine literarische Heimat ist in diesem System; er weiß es nur bei den Bibliotheken, die ihm erlauben, direkt etwas zu bekommen, und das ist z. B. die Technische Informationsbibliothek. Da kann jedes Institut, kann jede Firma sich hinwenden, um ein Buch zu beziehen, sie brauchen den amtlichen Leihverkehr nicht zu beanspruchen. Dasselbe wurde auch bei der Medizin und wird, wenn die Wirtschaftszentralbibliothek im neuen Gebäude ist, dort ebenfalls eingeführt. Es ist daran gedacht, diesen Direktverkehr auch für einige SSG einzurichten. Natürlich kann es bei Monographien zu Schwierigkeiten führen, wenn eine große Menge von Wünschen sich auf die eine Bibliothek konzentriert — der Benutzer weiß ja nicht, ob das Werk, das er bestellt, sehr selten ist, ob er es nicht doch vielleicht in der Nachbarstadt hätte bekommen können. Hier liegen die Nachteile. Und deshalb wurde als einzige Bremse eine Gebührenregelung eingebaut: Während sonst der Leihverkehr frei ist, müssen die Leute in diesen Fällen eine pauschale Kostenerstattung zahlen, 2 bzw. 3 Mark. Das ist nicht viel, aber dafür haben sie das Recht, ein Buch auszuleihen oder die Xerokopie eines Aufsatzes zu bekommen oder einen Mikrofilm oder was immer sich im Einzelfall anbietet.

c) Das dritte Problem — es wurde schon manchmal erwähnt — besteht einfach darin, daß Planung, Organisation und Geld nichts nützen ohne die Aktivität der Menschen, welche die Sache betreiben — ohne Aktivität und Qualität der Menschen. Das fängt an bei der Personalpolitik der Direktoren von Bibliotheken, die Schwerpunkte haben, und es setzt sich fort beim Fleiß und bei der Intelligenz der Mitarbeiter, die der Direktor braucht, um solche Fächer wirklich zu pflegen.

Wie bei allen menschlichen Veranstaltungen gibt es auch hier gute und schlechte Beispiele, und man weiß in Deutschland auch ziemlich genau, welche SSG gut verwaltet werden, weil sich die Bibliotheken darum kümmern und die Fachleute versuchen, mit allen Mitteln die Literatur heranzuziehen, und weil diese Fachleute gut sind; es gibt aber auch Bibliotheken, bei denen sagt man: «Warum die ein SSG haben, das weiß kein Mensch, jedenfalls bekommt man von dort nichts, wenn man etwas braucht». Das wird der DFG auch gelegentlich geschrieben und ist natürlich nicht besonders erfreulich.

Ich will in vier Punkten ein Fazit ziehen:

1. Es ist wahrscheinlich trotz aller Anstrengungen unmöglich, innerhalb eines Landes eine irgendwann gewünschte Publikation im Augenblick der Bestellung in jedem Fall verfügbar zu haben; mit Lücken wird man trotz eines solchen Schwerpunktsystems weiterhin leben müssen.
2. Ein geplantes System von Erwerbungsschwerpunkten auf der nationalen Ebene mit zentraler Finanzierung und ständiger Erfolgskontrolle wird allerdings insgesamt einen relativ höheren Wirkungsgrad haben als die individuelle oder isolierte Erwerbungspolitik der einzelnen Bibliotheken. Also trotz des ersten Satzes, daß man nicht alles werde schaffen können, glaube ich nach den zwanzig Jahren unserer Erfahrungen, daß man doch etwas weiter kommt, als wenn man alles nur der Einzelinitiative überläßt.
3. Ein solches System darf nicht statisch betrachtet werden, sondern muß in Abständen überprüft und der Entwicklung der Wissenschaft, der Produktion und des Bedarfs immer wieder angepaßt werden. Eine ständige Observanz ist notwendig.
4. Entscheidend für den tatsächlichen Erfolg des Systems sind nicht nur die Qualität der Planung und der Organisation und die Quantität der finanziellen Mittel; unabdingbare Voraussetzung ist der eigene verantwortliche und aktive Einsatz der beteiligten Bibliotheken.